

Europas automatisierte Tyrannei

Die totalitäre Zukunft, angetrieben von KI.



31. August 2026 | Constantin von Hoffmeister

Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Daron Acemoglu hat gemeinsam mit A. Arda Gitmez und Mehdi Shadmehr eine formale Begründung für eine der düstersten Befürchtungen des Maschinenzeitalters geliefert. In ihrer Abhandlung „[Automation and Repression](#)“ untersuchen die Autoren, was geschieht, wenn Maschinen und künstliche Intelligenz Arbeitskräfte ersetzen, den Anteil der Arbeit am Nationaleinkommen verringern und mehr Wohlstand an die Kapitaleigner übertragen.

Das altbekannte Versprechen lautet, dass verdrängte Arbeitnehmer neue Qualifikationen erwerben und bessere Arbeitsplätze finden werden. Dieses Versprechen wurde bei jeder Welle des technologischen Wandels wiederholt, doch es lässt die Geschwindigkeit und das Ausmaß der gegenwärtigen Welle außer Acht. Früher ersetzte eine Maschine ein Paar Hände; künstliche Intelligenz kann gleichzeitig den Sachbearbeiter, den Übersetzer, den Designer, den Buchhalter, den Analysten, den Programmierer und den Nachwuchsjuristen ersetzen. Der unmittelbare Gewinn gebührt dem Unternehmen, das seine Lohnkosten senkt.

Der unmittelbare Verlust trifft den Arbeitnehmer, der seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann. Mit der zunehmenden Automatisierung steigen Arbeitslosigkeit und Unsicherheit, während sich das Eigentum immer stärker konzentriert. Die Öffentlichkeit beginnt, sich zu beschweren, sich dann zu organisieren und schließlich die politische Ordnung zu bedrohen.

An diesem Punkt steht der Staat vor drei Möglichkeiten. Er kann die Automatisierung verlangsamen, diejenigen unterstützen, die ihre Existenzgrundlage verloren haben, oder die Wut unterdrücken. Die zentrale Schlussfolgerung des Artikels ist schonungslos: Wenn der Staat in erster Linie den Kapitaleignern dient, macht eine stärkere Automatisierung Repressionen attraktiver.

Der Grund dafür ist einfach. Eine Begrenzung der Automatisierung würde die Arbeitnehmer schützen, aber auch die Gewinne schmälern. Eine Umverteilung würde die Fortsetzung der Automatisierung ermöglichen, würde aber erfordern, dass die Kapitaleigner einen Teil ihrer Gewinne abgeben. Repression bietet einen dritten Weg: die Maschinen erhalten, die Gewinne sichern und die Menschen disziplinieren, die Widerstand leisten. Wenn Überwachung, Zensur und polizeiliche Kontrolle kostengünstig genug sind, hat die herrschende Klasse kaum einen wirtschaftlichen Grund zum Teilen. Sie kann Unruhen eher als Sicherheitsproblem denn als politische Forderung behandeln.

Der arbeitslose Arbeitnehmer ist kein Bürger mehr, den man überzeugen muss. Er wird zu einer Quelle von „Desinformation“, zu einem potenziellen „Extremisten“ oder zu einer Bedrohung für die „demokratische Stabilität“. Auf seine Wut wird nicht eingegangen; sie wird als geheim eingestuft. Über seine Organisation wird nicht diskutiert; sie wird überwacht. Sein Protest wird nicht verstanden; er wird eingedämmt.

Die Automatisierung verändert daher mehr als nur den Arbeitsmarkt. Sie verändert das Kräfteverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten. Früher war eine Regierung auf eine große Zahl von Arbeitskräften angewiesen, um Fabriken, Büros, Eisenbahnen, Armeen und öffentliche Dienste zu betreiben. Ein hoch automatisierter Staat benötigt weniger Menschen und kann die verbleibende Bevölkerung präziser überwachen. Künstliche Intelligenz kann Gesichter identifizieren, Zahlungen nachverfolgen, soziale Netzwerke kartieren, Dissens vorhersagen und Meinungsäußerungen in einem Ausmaß zensieren, das keine menschliche Bürokratie bewältigen könnte. Dieselbe Technologie, die Arbeitskräfte überflüssig macht, kann Aufstände sichtbar machen, noch bevor sie beginnen.

Europa ist besonders gefährdet, weil die EU in ihren politischen Instinkten bereits totalitär ist.

Zwar finden dort nach wie vor Wahlen statt, Oppositionsparteien sind zugelassen und es wird endlos von „Menschenrechten“ gesprochen, doch hinter diesen Formen verbirgt sich eine Ordnung, die den Spielraum für akzeptable Meinungsäußerungen und politische Entscheidungen stetig einschränkt. Meinungsfreiheit besteht so lange, bis Bürger sich gegen Masseneinwanderung, Klimapolitik, Sanktionen, Kriege im Ausland, Gender-Doktrin oder die Übertragung nationaler Macht an Brüssel aussprechen.

Dann wird die Meinungsäußerung zu „Hass“, „Desinformation“, „ausländischem Einfluss“ oder einer „Bedrohung für die Demokratie“. Regierungen üben Druck auf digitale Plattformen aus, rechtmäßige Meinungen zu entfernen, Geheimdienste überwachen legale Oppositionsparteien, Banken sperren die Konten von Dissidenten, und Arbeitgeber bestrafen Menschen für politische Äußerungen, die sie außerhalb der Arbeit tätigen.

Wahlmanipulation erfordert keine manipulierten Wahlurnen mehr. Sie lässt sich durch Ausschluss von Kandidaten, gerichtliche Verbote, koordinierte Medienkampagnen, Überwachung durch Ge-

heimdienste, selektive Strafverfolgung und politische Absprachen erreichen, die darauf abzielen, sicherzustellen, dass die größte Oppositionspartei niemals regieren kann.

Wenn Wähler eine falsche Entscheidung treffen, wird das Ergebnis als Fehler betrachtet, der korrigiert werden muss. Wenn Patrioten an Unterstützung gewinnen, wird der gesamte Staatsapparat gegen sie mobilisiert. Die EU bezeichnet dies als Verteidigung der Demokratie. In der Praxis bedeutet dies, dass Demokratie nur dann gültig ist, wenn sie ein genehmigtes Ergebnis hervorbringt. Ein System, das zwar Wahlen zulässt, aber sinnvolle politische Veränderungen verbietet, ist nicht frei. Es ist ein kontrolliertes Regime, das sich mit dem Gewand einer parlamentarischen Regierung tarnt.

Die Klimahysterie hat die moralische Sprache für dieses Regime vorbereitet. Jede Einschränkung wird als Notfallmaßnahme dargestellt, jedes Opfer als wissenschaftliche Notwendigkeit und jeder Einwand als Beweis für Unwissenheit oder Böswilligkeit. Den europäischen Arbeitnehmern wird gesagt, sie müssten höhere Energiepreise, den Niedergang der Industrie, kleinere Wohnungen, Reisebeschränkungen, teure Lebensmittel und den Verlust sicherer Arbeitsplätze hinnehmen, weil der Planet dies erfordere. Doch Unternehmen erhalten Ausnahmegenehmigungen, Subventionen und staatliche Garantien, während wohlhabende Amtsträger in Privatjets von einer Konferenz zur nächsten fliegen, um gewöhnlichen Menschen Vorträge über deren CO₂-Fußabdruck zu halten.

Das Klima ist zu einem universellen Vorwand für totale Kontrolle geworden.

Es geht nicht mehr nur um das Klima. Es rechtfertigt die Kontrolle über Verkehr, Heizung, Ernährung, Wohnen, Landwirtschaft und industrielle Produktion. Es vermittelt den Bürgern, dass private Entscheidungen öffentliche Vergehen sind und dass Experten regieren müssen, weil man der Öffentlichkeit nicht trauen kann. Die Automatisierung wird sich problemlos in diese Struktur einfügen.

Eine Fabrik kann Tausende von Arbeitnehmern entlassen und diese Entscheidung als „grünen Wandel“ bezeichnen. Eine Regierung könnte Milliarden für künstliche Intelligenz ausgeben und den Entlassenen gleichzeitig weismachen, ihre alten Arbeitsplätze seien schmutzig, veraltet oder gesellschaftlich schädlich gewesen. Wenn diese Arbeiter protestieren, wird man ihnen vorwerfen, sich dem Fortschritt zu widersetzen. Ihr wirtschaftlicher Ruin wird als Modernisierung bezeichnet, und das Vorgehen der Polizei wird als Schutz der Demokratie dargestellt. Das bürokratische Vokabular wird gemäßigt bleiben, während die menschlichen Kosten unerträglich werden.

Der Sozialstaat mag die Krise hinauszögern, aber er wird sie nicht lösen. Europa wird wahrscheinlich Sozialleistungen mit Repression verbinden: genug Geld, um Hunger zu verhindern, genug Überwachung, um Organisation zu verhindern, und genug Propaganda, um die Menschen davon abzuhalten, ihre Lage beim Namen zu nennen. Ein universelles Grundeinkommen oder eine ähnliche Zahlung mag als Befreiung von der Arbeit verkauft werden. In Wirklichkeit kann es zu einer Fessel werden. Eine Bevölkerung, die von monatlichen Transferleistungen abhängig ist, lässt sich leicht kontrollieren, wenn der Zugang zu Geld von einer digitalen Identifizierung, von genehmigtem Verhalten oder von der Einhaltung administrativer Vorschriften abhängt. Der Staat muss nicht jeden Dissidenten ins Gefängnis stecken. Er kann sein Konto sperren, seinen Zugang zu Plattformen einschränken, seine Transaktionen markieren, ihm die Berufslizenz entziehen oder ihn arbeitsunfähig machen. Moderne Repression ist oft sauber, aus der Ferne gesteuert und automatisiert.

Kein Beamter muss die Tür aufbrechen, wenn ein Algorithmus eine Person still und leise aus dem normalen Leben ausschließen kann. Die Arbeitslosen werden als Konsumenten erhalten bleiben, aber ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit beraubt sein. Sie werden wenig besitzen, wenig produzieren und von Institutionen abhängig sein, auf die sie keinen Einfluss haben. Über ihnen wird ein enges Bündnis aus Technologieunternehmen, Finanzinteressen, Bürokratien, Sicherheitsdiensten und zugelassenen politischen Parteien stehen. Diese Klasse wird sowohl die Produktionsmaschinen als auch die Systeme kontrollieren, mit denen die Bevölkerung überwacht wird. Sie wird von „Inklusion“ sprechen, während sie die ungleichste Gesellschaft aufbaut, die Europa seit dem Zeitalter der erblichen Privilegien gekannt hat.

Die Wahl besteht also nicht zwischen technologischem Fortschritt und romantischem Widerstand gegen Maschinen. Sie besteht vielmehr zwischen unterschiedlichen politischen Nutzungsformen der Technologie. Automatisierung könnte die Arbeitszeiten verkürzen, mühsame Arbeit verringern, Familien stärken und Wohlstand verteilen. Doch dies würde erfordern, dass Eigentum, Macht und Produktivitätsgewinne geteilt werden. Es würde Staaten erfordern, die Nationen statt Kapital, Bürger statt Märkte und lebendige Gemeinschaften statt abstrakter wirtschaftlicher Ziele vertreten.

Die gegenwärtige EU-Ordnung bewegt sich in die entgegengesetzte Richtung. Sie schützt das Kapital, importiert billige Arbeitskräfte, zerstört die industrielle Unabhängigkeit, bestraft patriotischen Widerstand und baut den rechtlichen Apparat der Zensur auf, während sie vorgibt, die Freiheit zu verteidigen.

KI wird diese Ordnung nicht korrigieren. Sie wird sie noch verstärken.

Ein Staat, der bereits jetzt die Meinungsfreiheit fürchtet, wird KI einsetzen, um effizienter zu zensieren.

Ein Staat, der den politischen Wettbewerb bereits manipuliert, wird Daten nutzen, um seine Feinde zu identifizieren und zu schwächen.

Ein Staat, der die Klimapolitik bereits als Gebot behandelt, wird automatisierte Systeme einsetzen, um privates Verhalten zu messen und zu bestrafen.

Acemoglu und seine Co-Autoren beschreiben eine theoretische Wahl zwischen Regulierung, Umverteilung und Unterdrückung. Die EU hat bereits gezeigt, welchen Weg sie bevorzugt. Die Maschinen kommen, der Gesellschaftsvertrag bricht auseinander, und die Instrumente der Kontrolle werden vor aller Augen zusammengestellt.